

Schönburger Tageblatt

Erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen.
Annahme von Inseraten für die nächstfolgende Nummer bis vormittags 11 Uhr.
Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 1 Mk. 25 Pf., Einzelne Nrn. 5 Pf.
Inserate pro Zeile 10 Pf., Eingef. 20 Pf.
Tabellarischer Satz wird doppelt berechnet.

und Waldenburger Anzeiger.

Filialen: in Altstadtwaldenburg bei Herrn Kaufmann Otto Förster; in Kaufungen bei Herrn Fr. Janaschek; in Langenchursdorf bei Herrn S. Stiegler; in Penig bei Herrn Wilhelm Dahler, Cigarrengeschäft an der Brücke; in Rochsburg bei Herrn Paul Zehl; in Wolfenbürgel bei Herrn Ernst Rösche; in Ziegelheim bei Herrn Eduard Kirften.

Amtsblatt für den Stadtrath zu Waldenburg.

Zugleich weit verbreitet in den Städten **Penig, Lunzenau, Vichtenstein-Callenberg**, und in den Ortschaften der nachstehenden Standesamtsbezirke:
Altstadt-Waldenburg, Bräunsdorf, Callenberg, St. Egidien, Ehrenhain, Frohnsdorf, Falken, Grumbach, Kaufungen, Langenchursdorf, Langenleuba-Niederhain, Langenleuba-Oberhain, Niederwiera, Oberwiera, Oberwinkel, Delsnitz i. G., Reichenbach, Remse, Rochsburg, Rußdorf, Schlagwitz, Schwaben, Wolfenbürgel und Ziegelheim.

N^o 285.

Mittwoch, den 8. December

1897.

Witterungsbericht, aufgenommen am 7. December nachm. 4 Uhr.

Barometerstand 767 mm. reducirt auf den Meerespiegel. Thermometerstand + 3,5°C. (Morgens 8 Uhr + 3°) Feuchtigkeitsgehalt der Luft nach Lambrechts Polymeter 79%. Thaupunkt + 0 Grad. Windrichtung: Südwest.
Daher Witterungsaussichten für den 8. December: Halbheiter.

Bekanntmachung.

Bei Fürstlicher Sparkasse in Waldenburg wird vom 1. Januar 1898 an der

Zinsfuß für Einlagen von 3% auf 3 1/4% erhöht.
Waldenburg, am 16. November 1897.

Oberrentmeister Müller.

Unruhen in Haiti.

Waldenburg, 7. December 1897.

Im Reichstage ist gestern Montag die Marinevorlage zur Berathung gekommen; sie wird zweifellos mehrere Tage beanspruchen. Es macht sich im Reichstage eine starke Strömung geltend, die Verhandlungen nicht unnötig in die Länge zu ziehen, wenn doch ein Resultat zu erwarten ist, resp. kein anderes Resultat, als die Auflösung des Reichstages. So sehr im Interesse des inneren Friedens und einer friedlichen Weiterentwicklung unserer wirtschaftlichen, gewerblichen und politischen Verhältnisse ein friedlicher Ausgleich zu wünschen ist, so fühlt und sachlich bisher auch die Erörterungen auf beiden Seiten waren, es darf doch auch die Möglichkeit nicht außer Augen gelassen werden, daß diese Reichstagsession eine der kürzesten von allen werden kann, die wir bisher erlebt haben. Daran zu denken ist besonders für die Angehörigen derjenigen Wahlkreise nothwendig, auf welche die revolutionären Elemente einen ernstlichen Angriff vorbereiten.

Der Erörterungen über die Verstärkung unserer Kriegsflotte sind schon so Viele gepflogen worden, nicht erst seit dem vor 8 Tagen erfolgten speziellen Bekanntwerden der Marinevorlage, sondern schon seit Jahr und Tag, daß zur Sache in den bevorstehenden Reichstagsdebatten kaum etwas wirklich Neues gesagt werden kann. Es kann sich in den zu erwartenden Erklärungen nur darum handeln: Muß die ganze Vorlage mit der gesetzlichen Festlegung der Schiffs-Ersatzbauten für alle späteren Zeiten angenommen werden, oder sind Abänderungen möglich? Bei den verbündeten Regierungen ist heute, wenigstens so viel bisher zu ersehen ist, die Neigung zu Abänderungen des Gesetz-Entwurfes genau ebenso gering, wie bei der Mehrheit des Reichstages die Neigung zur unveränderten Annahme der Vorlage. Zwei harte Steine mahlen nicht gut, es wird sich in dieser Woche schon zeigen können, wie sie mahlen.

Der Reichstag pflegt regelmäßig, wenn der Antrag einer Partei hierzu vorliegt, eine größere Gesetzesvorlage einer Commission zu überweisen; es wäre aber auch eine Ausnahme nicht ausgeschlossen, wenn eben offen zu Tage tritt, daß die Commissions-Arbeit doch kein Ergebniß zeitigen wird. Ebenso kann die Reichsregierung auf die Commissions-Berathung verzichten, wenn sie sofort sieht, daß dabei nichts herauskommt. Und wenn man auch diese beschließt, die Ablehnung des Hauptparagraphen ist in der Commission eine Kleinigkeit. So kann also wohl nach den verschiedenen Erklärungen Sicherheit über das schließliche Resultat der ganzen Verhandlungen erwartet werden.

Es handelt sich bei der Marine-Vorlage um politische Punkte ebenso sehr, wie um finanzielle, was der Reichstag am meisten scheut, ist, sich ein für alle Mal die Hände zu binden, während die Marine-Verwaltung nach den Ablehnungen von einzelnen Ersatzbauten, die zu wiederholten Malen vorkamen, gerade hierauf den höchsten Werth legt. Zeigt sich aber hier ein beträchtliches Gemüth, so ist es doch wohl angebracht, daß überall Alles bedacht wird, was eine Verständigung ermöglichen könnte, etwa in einer anderen Formirung von finanziellen

Garantien. Heute ist, wie gesagt, die Neigung zu Aenderungen bei der Regierung nicht groß, im Reichstag die Lust zur unveränderten Zustimmung gering, während die weiten Volkskreise sich kühl, wie in Süddeutschland, oder abwartend, wie in Norddeutschland, verhalten. 1898 kann auch für uns ein kritisches Jahr werden.

Die verbündeten Regierungen haben in den Darlegungen zu dem neuen Gesetz hervorgehoben, daß, wenn die geforderten neuen Schiffsbauten in den sieben Jahren von 1898 bis 1905 hergestellt sein werden, späterhin keine neuen Sonderbauten mehr stattfinden sollen, daß alsdann die Ausführung von Ersatzbauten für die vorhandenen Schiffe genügen wird. Das deutsche Reich kann sich mit gutem Rechte rühmen, daß es Franzosen, Engländern und Russen nicht den Anreiz zu ihren umfangreichen Schiffsbauten gegeben hat, unsere Flotte ist eine verhältnißmäßig beschedene geblieben, während man in den genannten Staaten außerordentliche Kraftanstrengungen gemacht hat. Diese bisherigen Kraftanstrengungen weisen aber darauf hin, daß im Auslande man auch in Zukunft nicht die Hände in den Schooß legen wird, die Reichsregierung kann also in eine Zwangslage kommen, in welcher sie außer Stande ist, zu halten, was sie heute verspricht. Und wie wollen wir späterhin finanzielle Deckung finden, wenn wir heute keine bestimmte Vorsorge schaffen? Denn auch daran haben wir zu denken, daß wir nicht nur für die Marine zu sorgen haben, sondern auch für die Armee.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Der Empfang des Präsidiums des Reichstages durch den Kaiser am Sonntag Mittag währte etwa eine halbe Stunde. Der Monarch war sehr liebenswürdig und gesprächig. Er behandelte namentlich die auswärtige Politik und kam bei dieser Gelegenheit auch auf die Zwischenfälle auf Haiti und in China zu sprechen; ferner erörterte Se. Majestät die Vorgänge in Oesterreich, wobei er eine Parallele zog zwischen den dortigen und unseren Verhältnissen. Zum Schluß sprach der Kaiser den Wunsch aus, daß die Berathung der Marinevorlage im Reichstage frei von allem Beiwerk und rein sachlich sein möchte. Im einzelnen wird Folgendes mitgetheilt: Der Kaiser erinnerte daran, daß gerade an demselben Tage sein einziger Bruder Abschied genommen vom Großherzog von Baden und von der Kaiserin Friedrich, um demnächst in den asiatischen Meeren seine Kraft einzusetzen im Dienste des Vaterlandes. Der Monarch betonte seinen entschiedenen Willen, den Missionen den kräftigsten Schutz angedeihen zu lassen. Er zeigte sich sehr unterrichtet über die chinesischen Verhältnisse und gedachte mit Anerkennung des Bischofs Anzer. Se. Majestät äußerte sodann seine Befriedigung darüber, daß im Reichstage, der Wichtigkeit der Vorlage entsprechend, das Flottengesetz zuerst auf die Tagesordnung gestellt worden ist. Er vertraute, daß die Verhandlungen zu einem guten Ende führen, daß der Reichstag sich von der Nothwendigkeit der geforderten Vermehrung der Flotte überzeugen werde. Auf die Zwischenbemerkung eines Mitglieds des Präsidiums, daß Bedenken obwalten, in der letzten Session dem neuen Reichstag zu präju-

diciren und Schiffsbauten für einen längeren Zeitraum zu bewilligen, erwiderte der Kaiser, der kommende Reichstag werde den gegenwärtigen keinesfalls desavouiren, wenn dieser die Ueberzeugung gewonnen, daß die Flottenvermehrung in sieben Jahren durchgeführt werden müsse und dementsprechend beschließe. Die allgemeine Weltlage dulde keinen Aufschub. Der Kaiser theilte auch mit, daß ihm der Papsi gedankt habe für den den Missionaren gewährten Schutz. Die Herren wurden mit freundlichem Händedruck verabschiedet und unmittelbar darauf von der Kaiserin empfangen, welche von ihrem Sommeraufenthalt in Tegernsee sprach und die Herzlichkeit der Bewohner pries. Die hohe Frau kam sodann auf die jüngsten zahlreichen Unglücksfälle zu sprechen und auf die große Noth, welche die Ueberschwemmungen herbeigeführt. Mit Hofwagen wurden die Abgeordneten schließlich wieder nach dem Bahnhof zurückbefördert.

Zur Einweihungsfeier der in der Wilhelmstadt neubauten evangelischen Garnisonkirche trifft der Kaiser am 20. d. M. in Thorn ein.

Prinz Heinrich von Preußen wird am 15. December an Bord des Panzerkreuzers „Deutschland“, dem sich der Kreuzer „Gefion“ anschließt, Kiel verlassen, um nach Ostasien in See zu gehen.

Die Verhandlungen Deutschlands mit China sollen dem Abschluß nahe sein; trotzdem sollen, wie verlautet, in Spandau seit einigen Tagen 200 Mann beschäftigt sein, um Kriegsmaterial für die ostasiatische Expedition herzustellen.

Ein deutscher Schutzgenosse ist abermals in Marokko ermordet worden, und zwar wieder in Casablanca. Es handelt sich um den Handelsagenten einer dortigen deutschen Firma, Namens El Mekie Bel Kas Medium. Im Auftrage des kaiserlichen Consulats ist eine Notariatsacte über den Leichenbefund aufgenommen worden.

Ueber die Postreformen schreibt die „Dtsch. Ztg.“: Wenn, wie zu hoffen steht, die bisher vorbereiteten Reformen (vermindertes Porto für Stadtbriefe, Erhöhung der Gewichtsgrenze für einfache Briefe und Verbilligung der Postanweilungsgebühr für kleinere Geldsendungen) durch Ausdehnung des Regals auf Ortsbriefe erledigt sein werden, folgen die Aenderungen des Zeitungstarifs und die Neuregelung des telegraphischen und Fernsprechverkehrs, später die Reform der Verwaltung und der Personalorganisation. Der Betrieb wird in seiner ganzen Ausdehnung den Assistenten geöffnet, und zu diesem Zweck werden die Anforderungen an ihre Vorbildung um ein Geringes erhöht werden, der Aufsichts- und Verwaltungsdienst dagegen verbleibt ausschließlich den höheren Beamten.

Zum Leiter der Colonialverwaltung soll der frühere Gouverneur von Ostafrika v. Scheele ausersuchen sein.

Im Hinterlande von Batanga (Kamerun) sollten die deutschen Regierungstruppen eine Schlappe erhalten haben. Wie jetzt aus Berlin mitgetheilt wird, handelt es sich um eine jener unbegründeten Nachrichten, die mit einer gewissen Regelmäßigkeit durch englische Schiffe von Westafrika mitgebracht werden. An amtlicher Stelle ist man seit Wochen von der Rückkehr der Expedition unterrichtet; die Ursache ist indessen nicht in Verlegenheit der